

GSP-10 Kapitel 7: In Bildung investieren

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2020
Thema: Grundsatzprogramm

Text

Recht auf Bildung

1 (290) Bildung ermöglicht es Menschen, ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt
2 gestalten zu können. Bildung befähigt Menschen dazu, ihre Potentiale und Interessen zu
3 entwickeln und offen für neue Erkenntnisse und Erfahrungen zu werden. Das Recht auf Bildung
4 ist ein Recht auf Selbstbestimmung und Mündigkeit.
5

6 (291) Das Bildungssystem fördert Zukunftskompetenzen – Kooperation, Kommunikation,
7 Kreativität und kritisches Denken. Und es muss Freiheit lassen für neue Ideen und
8 Lernerfahrungen aller Beteiligten. Ein gleichberechtigter Zugang zu demokratischer Bildung
9 ist Grundlage für gesellschaftliche Weiterentwicklung. Das Bildungssystem muss Kinder und
10 Jugendliche auf eine Zukunft vorbereiten, die von Unwägbarkeiten, Klimakrise, digitalem
11 Wandel und sozialen Veränderungen geprägt sein wird.

12 (292) Das Bildungssystem soll zu nachhaltigem Handeln und verantwortungsvollem Entscheiden
13 befähigen und Menschen die selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Es ist
14 damit die Grundlage für eine freie und demokratische Gesellschaft. Das heißt auch,
15 gesellschaftliche und technologische Entwicklungen einordnen zu können, um nicht Fake News
16 oder Verschwörungsideologien zu erliegen. Kitas und Schulen sollen Orte sein, an denen
17 Kinder und Jugendliche demokratisches Zusammenleben praktisch erleben und mitbestimmen
18 können. Rollenbilder und Geschlechternormen müssen in allen Bildungseinrichtungen
19 reflektiert und daher auch in der Ausbildung pädagogischer Berufe thematisiert und kritisch
20 hinterfragt werden.

21 (293) Es ist staatliche Aufgabe, ungleiche Startbedingungen durch soziale Benachteiligungen,
22 das Wohn- und Lebensumfeld, Diskriminierung oder Sprachvoraussetzungen auszugleichen. Denn
23 höhere Bildungsabschlüsse ziehen häufig höhere Einkommen, Anerkennung und Repräsentation
24 nach sich. Das Einkommen oder der Bildungsgrad der Eltern darf nicht über die Zukunft von
25 Kindern entscheiden. Benachteiligende Strukturen in der Gesellschaft sollen im
26 Bildungssystem abgebaut und die Gleichbehandlung aller soll sichergestellt werden.

27 (294) Bildung ist die wichtigste Grundlage für gute Entwicklungschancen im Leben und trägt
28 dazu bei, dass Menschen in der modernen Arbeitswelt ihren Platz finden. Ein starkes
29 Bildungssystem ist zugleich zentral für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes.

Kita und Schule

31 (295) Unterschiede bei den sozialen Voraussetzungen werden vor allem durch eine qualitativ
32 hochwertige frühkindliche Bildung sowie Betreuung und Förderung in der Ganztagschule
33 ausgeglichen. Das stellt neue Anforderungen an Erzieher*innen und Lehrkräfte, weswegen es
34 überall im Land gute Personalschlüssel und verbindliche Qualitätsstandards braucht. Um den
35 unterschiedlichen Bedarfen der Kinder gerecht zu werden, arbeiten in Ganztagschulen
36 Menschen unterschiedlicher Qualifikationen in Teams. Um der Individualität von Kindern
37 gerecht zu werden, sind Klassengrößen auf unter 20 Kinder zu reduzieren.

38 (296) Bildungspolitik und Sozialpolitik gehören zusammen. Deshalb muss Bildung besser
39 finanziert werden, damit Schulen für alle Kinder Orte der Persönlichkeitsentwicklung werden
40 und das Zusammenleben zwischen den Schüler*innen stärken. Die Finanzierung des
41 Bildungssystems ist eine zentrale Aufgabe für eine zukunftsgewandte Gesellschaft und
42 Voraussetzung für Gerechtigkeit. Denn Vermögen und Bildungszugang hängen immer noch
43 besonders stark zusammen. Bund und Länder sollen deshalb die höhere Besteuerung von Vermögen
44 bzw. Erbschaften zur besseren Ausstattung eines Bildungssystems nutzen, das allen Kindern
45 und Jugendlichen die gleichen Chancen bietet.

46 (297) Die Ganztagsbetreuung an Kitas und Schulen soll nicht nur Wissen vermitteln, sondern
47 soziale Kompetenzen und das Miteinander fördern sowie eine stärkere Verknüpfung zwischen
48 Lernen, Erfahren und Spielen gewährleisten. So können gezielt soziale und kulturelle
49 Benachteiligungen überwunden werden. Die individuelle Förderung der Kinder je nach
50 Potentialen ist entscheidend. Auf Ganztagsbetreuung soll es einen Rechtsanspruch geben.

51 (298) Die Lernmittel an Schulen sollen frei sein, einschließlich digitaler Endgeräte.

52 (299) Kinder mit Behinderung sollen gemeinsam mit nichtbehinderten lernen und am schulischen
53 Leben teilnehmen können. Um Schulen inklusiv zu gestalten und den Kindern mit Behinderung
54 gerecht zu werden, braucht es mehr Personal, kleinere Klassen und inklusive pädagogische
55 Konzepte.

56 (300) Gute Schulen brauchen Freiraum und gut ausgebildete Lehrkräfte, die den Unterricht so
57 gestalten, dass er den natürlichen Wissensdurst junger Menschen fördert, sowie Personal, das
58 eine ganzheitliche Entwicklung stärkt. Offene und durchlässige Strukturen im Unterricht und
59 in der Schule helfen, Potentiale zu entfalten und unterschiedliche Stärken zu entwickeln.

60 (301) Die technische Ausstattung der Kitas und Schulen auf dem gleichen Niveau wie in der
61 digitalen Wirklichkeit außerhalb der Bildungsstätten ist notwendig und dringliche Aufgabe
62 der öffentlichen Hand. Die Digitalisierung ist nichts, wovor man Kinder schützen muss.
63 Stattdessen sollen sie befähigt werden, die technischen Möglichkeiten altersgerecht zu
64 nutzen. Lehrer*innen sollen dafür aus- und fortgebildet werden. Die Digitalisierung
65 verändert die Form des Lernens und des Unterrichts. Das muss sich auch in der Pädagogik
66 widerspiegeln. Neben der digitalen Kompetenz braucht es auch eine Werte- und Normen-
67 Reflexion der technisch-digitalen Entwicklung. Digitale Kompetenzen sind dabei eine
68 Querschnittsaufgabe für alle Unterrichtsfächer.

69 (302) Kinder, Heranwachsende, benachteiligte und verletzte Menschen benötigen in der
70 digitalen Welt speziellen Schutz. Ihre selbstbestimmte Teilhabe an der digitalen Welt ist zu
71 fördern und ihr Zugang zu elementaren digitalen Gütern und Dienstleistungen zu
72 gewährleisten.

73 (303) Das deutsche Bildungssystem braucht eine deutlich bessere Mittelausstattung für mehr
74 Personal, Infrastruktur und Gebäude. Vor allem für den Kita- und Primarbereich müssen die
75 Ausgaben gesteigert werden, denn hier werden die Weichen für den Bildungserfolg gestellt.

76 (304) Der Bildungsföderalismus schützt die Demokratie vor Manipulation und sichert regionale
77 Vielfalt. Er darf jedoch nicht dazu führen, dass nötige Investitionen in Digitalisierung,
78 Ganztagsbetreuung oder Inklusion unterbleiben. Das können die Länder nicht allein leisten, sondern es
79 ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Das Kooperationsverbot in seiner bestehenden Form muss
80 entsprechend aufgehoben werden.

81 **Lebenslanges Lernen**

82 (305) Bildung ist ein lebenslanger Prozess. Die staatliche Verantwortung beginnt mit der
83 Kita und der Schule und erstreckt sich über das Recht auf Weiterbildung und die
84 Erwachsenenbildung. Bildung muss stärker als jemals zuvor in jedem Alter

- 85 selbstverständlicher Teil des Lebens werden. Weiterbildung ist eine gesamtgesellschaftliche
86 Aufgabe, damit gesellschaftliche Teilhabe in der Wissensökonomie gesichert wird.
- 87 (306) Kein Bildungsschritt soll ohne Abschluss bleiben. Jeder Mensch soll die Möglichkeit
88 haben, zu jedem Zeitpunkt in seinem Leben Schulabschlüsse, Berufsausbildungen oder
89 Teilqualifizierungen (nachträglich) zu erwerben. Der garantierte und niedrigschwellige
90 Zugang zur Erwachsenenbildung in Form des „Zweiten Bildungswegs“ fördert die soziale
91 Mobilität innerhalb der Gesellschaft und ist unerlässlich für das Ziel gleicher Bildungs-
92 und Lebenschancen. Direkt nach der Schule muss der Weg für jede*n Jugendlichen in eine
93 anerkannte Berufsausbildung, die angemessen bezahlt ist, offen sein.
- 94 (307) Auch in Deutschland gibt es funktionalen Analphabetismus in einem nicht unerheblichen
95 Ausmaß. Dieser muss durch spezielle Angebote und Förderungen besiegt werden.
- 96 (308) Der Fokus beim digitalen Lernen liegt auf der Medienkompetenz und der digitalen
97 Mündigkeit. Gezielt sollen auch ältere Menschen angesprochen werden, damit sie die
98 Möglichkeiten der digitalen Welt selbstbestimmt und sicher nutzen können.
- 99 (309) Volkshochschulen und ähnliche Einrichtungen sollen zu Bildungsknotenpunkten der
100 Erwachsenenbildung werden.
- 101 (310) Viele Menschen lernen in unterschiedlichsten Vereinen, Jugendverbänden und
102 Bildungsstätten sich einzubringen und mitzubestimmen. Auch diese außerschulische und
103 nonformale Bildung muss ausreichend Raum und finanzielle Möglichkeiten erhalten.
- 104 (311) Bildungswege sind heutzutage dauerhaft, berufsbegleitend und mit Wechseln verbunden.
105 Leistungen wie BAföG müssen dieser Realität angepasst werden. Auf einem Arbeitsmarkt mit
106 sich schnell wandelnden Anforderungen sind sowohl die Arbeitgeber*innen als auch die
107 öffentliche Hand gefordert, durch vergütete Aus- und Weiterbildung, Bildungsgeld und
108 Bildungsurlaub Chancengleichheit herzustellen. Niemandem dürfen aufgrund prekärer
109 Beschäftigung die Möglichkeiten essenzieller Qualifikation verwehrt sein.
- 110 (312) Bildungszugänge sind stark durch die Eigenheiten der Stadtteile oder durch Stadt-Land-
111 Gegensätze geprägt. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sichern bedeutet, es auch
112 Kindern im ländlichen Raum zu ermöglichen, mit akzeptablen Schulwegen eine hochwertige
113 Bildung zu erreichen. Kreative Konzepte wie mobile Bibliotheken und Labore schaffen nicht
114 nur für Erwachsene Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten in strukturschwachen Räumen,
115 sondern sie ermöglichen auch den Erhalt von kleinen Schulen durch Vernetzung. Diese müssen
116 ebenso gefördert werden wie der Schüler*innen-Transport. Das gehört zur staatlichen
117 Daseinsvorsorge.